

Bericht zur ifa-Themenreise „Deutschlands Umgang mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts“ im Oktober 2023 (Berlin / Potsdam)

Autor: Sebastian Blottner

Erinnerungskultur – das klingt zunächst vielleicht abstrakt. Doch auf den zweiten Blick wird erkennbar, dass Erinnerungskultur in vielen Konflikten eine Rolle spielt, ebenso wie erinnerungspolitische Debatten in krisenhaften Zeiten oft an Intensität gewinnen.

Unter Druck

Zum Stand erinnerungspolitischer Debatten in Deutschland

Die deutsche Gesellschaft gibt insbesondere vor dem historischen Hintergrund des 20. Jahrhunderts reichlich Anlass, über Erinnerungskultur und -politik nachzudenken. Auf den ersten Blick vielleicht ein akademisches, gar abstraktes Unterfangen. Auf den zweiten jedoch eröffnet sich der tagesaktuelle Bezug dieses Themenfeldes. Verfassung, Selbstverortung und zivilgesellschaftlicher Entwicklungsstand eines Landes spiegeln sich im erinnerungspolitischen Resonanzraum so unmittelbar und anschaulich wie kaum sonst irgendwo. Von Denkmälern über Schullehrpläne bis zur Außenpolitik: die eigene Vergangenheit und die Frage wie - und ob überhaupt - man sich ihr zu stellen gewillt ist, prägen unsere Gegenwart. Schließlich ist Erinnerungskultur genau das: gelebte Kultur. Und Erinnerungspolitik ist - Politik. Erinnerungspolitische Debatten bergen innenpolitischen Zündstoff und wirken sich auf außenpolitische Entscheidungen aus. Gegenwärtig traurig aktuell zu erkennen im jüngsten Kriegsausbruch in Israel und dem Gazastreifen.

Der Umgang Deutschlands mit seiner Geschichte im 20. Jahrhundert war 2023 zum wiederholten Male Thema einer vom Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) im Auftrag des Auswärtigen Amtes organisierten Delegationsreise. Während eines intensiven einwöchigen Programms kamen Journalisten:innen, Bildungsexpert:innen, Historiker:innen, Gedenkstättenmitarbeiter:innen und Museumsfachleute aus mehreren Ländern (Indien, Weißrussland, Ungarn, USA, Kolumbien, Japan, Bosnien und Herzegowina, Griechenland, Estland, Rumänien, Brasilien, Polen und Namibia) in

Kontakt mit Akteuren aus Zivilgesellschaft und Politik. Sie waren zu Gast im Auswärtigen Amt und im Bundestag, trafen Historiker:innen, Soziolog:innen und Kulturwissenschaftler:innen, sprachen mit Verantwortlichen in Organisationen wie der Bundeszentrale für politische Bildung, der Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft (EVZ) oder dem Berliner Humboldtforum, trafen Aktivist:innen und Bildungsexpert:innen, besuchten Museen und Gedenkstätten. Ein komplexes Unterfangen, das neben Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur, auch Erinnerung an Kolonialzeit und deutsche Teilung umfasste, um einen möglichst breiten Eindruck des aktuellen Standes der erinnerungspolitischen Debatten in Deutschland zu ermöglichen.

Was ist nun der Stand? Das lässt sich in einem Satz kaum sagen - interessanterweise schien das aber vor ungefähr zwei Jahrzehnten noch etwas eher möglich. Im Vergleich zu heute war der gesellschaftliche Konsens größer, die außenpolitische Situation übersichtlicher. Es gab weniger Konflikte von innenpolitischer Tragweite. Damals hatte Deutschland gewissermaßen einen mehrere Jahrzehnte währenden erinnerungspolitischen Prozess der Aufarbeitung des Nationalsozialismus zu sichtbaren Ergebnissen gebracht. Vereinfacht betrachtet, und ohne auf die vierzigjährige Teilung des Landes in zwei unterschiedliche Erinnerungskulturen genauer einzugehen, hatte dieser sich, wie Prof. Jakob Eder von der Barenboim-Said Akademie in seinem Einführungsvortrag ausführte, in folgenden Etappen abgespielt: Beschweigen und Tabuisieren (1950-er Jahre), persönliche Bewältigung (1960-er Jahre), Abstraktion (1970-er Jahre), schließlich Konfrontation und Aufarbeitung (1980-er bis 1990-er Jahre) sowie die anschließende Institutionalisierung des Gedenkens (1990-er bis 2000-er Jahre). Nachdem es Generationen gedauert hatte, bis Deutschland sich seiner Geschichte offensiv stellte, war das Land in mancher Hinsicht ein international anerkanntes Vorbild geworden. Die Erinnerungskultur in Deutschland wurde von einem denkbar breiten gesellschaftlichen Konsens getragen und es gab Bestrebungen der deutschen Politik, den innerdeutschen Konsens einer antitotalitären Erinnerungskultur über die nationalen Grenzen hinaus zu europäisieren.

Verjüngung und Pluralisierung

Vor dem Hintergrund des angesprochenen erinnerungspolitischen Konsenses hielten viele innerhalb und außerhalb Deutschlands das Land lange Zeit für immun gegen rechtspopulistische Bewegungen. Eine Illusion, wie wir heute wissen. Erinnerungspolitisch ist einiges in Bewegung geraten. Es vollzieht sich ein Generationenwechsel bei Vermittler:innen und Adressat:innen, bei

den Zeitzeug:innen sowieso. Erinnerungskultur verjüngt und pluralisiert sich, was insbesondere an der nun verstärkten Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte deutlich wird.

Das ist folgerichtig und gut. Schließlich, so hob es Prof. Dr. Uffa Jensen vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin hervor, hat sich die deutsche Gesellschaft stark gewandelt und wandelt sich weiter. Mehr als 20 Millionen Deutsche haben entweder selbst einen migrantischen Hintergrund oder eine migrantische Familiengeschichte. Das bringt große erinnerungspolitische Herausforderungen mit sich. Diese Deutschen müsst(en) das Gedenken an etwas pflegen, das mit ihrer eigenen Familiengeschichte bestenfalls mittelbar etwas zu tun hat. Von einer Schuldverstrickung sind sie verständlicherweise frei. Anstatt Teil einer Täternation zu sein, waren viele von ihnen selbst Teil von damaligen Opfergruppen.

Deswegen, so Uffa Jensen, seien neue Ansätze nötig. Diskussionsbedarf bestehe nach wie vor bei der Frage, ob und wie sich der Holocaust mit dem Kolonialismus in Beziehung setzen ließe. Würde dies den Holocaust entwerten? Oder ließe sich über diese Kontextualisierung eventuell Verständnis aufbauen und eine bisher unerreichbare Zielgruppe ansprechen? Auch beim Gespräch mit den Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien (auf nationaler Ebene federführend zuständig für das Thema Erinnerungskultur) wurde klar herausgestellt, dass die Integration von Flüchtlingen und diversen Communities in Erinnerungskulturen in Deutschland momentan die zentrale Aufgabe auf diesem Gebiet sei.

Erinnerungskultur in Zeiten der Krise

Erinnerungskultur wandelt sich jedoch nicht einfach nur, sie gerät oft auch unter Druck. Sie wird leicht zum Zankapfel ideologischer Grabenkämpfe. Die gegenwärtigen Debatten sind zunehmend kontrovers. Diese Entwicklung fällt nicht ganz zufällig zusammen mit den sich aktuell in immer kürzeren Abständen häufenden politischen Krisen. In der Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft (EVZ) wies Dr. Ralf Possekkel, Leiter des Bereichs „Förderung und Aktivitäten“ der Stiftung, explizit darauf hin, dass die aktive Auseinandersetzung von Gesellschaften mit ihrer Vergangenheit nicht etwa Alltag sei, auch nicht die Regel, sondern eher die Ausnahme. Deren Relevanz werde jedoch vor allem in krisenhaften Zeiten sichtbar. Zum einen lassen sich erinnerungspolitische Debatten in Krisenzeiten leicht emotionalisieren und instrumentalisieren. Zum anderen bringen Krisen oft verborgene Konflikte wieder ins Handlungsgeschehen.

An Krisen mangelte es in jüngster Vergangenheit tatsächlich nicht: Nachdem 2008 die sogenannte Finanzkrise die Weltwirtschaft erfasste, folgte die seitdem andauernde „Flüchtlingskrise“ zunächst in Folge des syrischen Bürgerkrieges, die Coronapandemie, der Ukrainekrieg und zuletzt der Krieg in Israel und dem Gazastreifen. Als sei dies nicht genug, hängt über all diesen Krisen außerdem das Damoklesschwert des Klimawandels. In diesem Zeitraum wurden die politischen Diskurse unversöhnlicher und verschärfte sich die Spaltung der Gesellschaft. Einzelne Milieus kapseln sich zunehmend in Social-Media-Blasen ab. Ideale Bedingungen für den Aufstieg neuer, meist populistischer Parteien wie der AfD, die in kürzester Zeit zu einem unübersehbaren Player der deutschen Parteienlandschaft wurde und geschichtsrevisionistisch agiert.

Zivilgesellschaft in Bedrängnis

Das Ergebnis (nicht nur in Deutschland) ist ein fundamentaler Wandel der Selbstwahrnehmung. Lange, so führte Prof. Jakob Eder von der Barenboim-Said Akademie aus, wurde die deutsche Erinnerungskultur als Ausdruck einer gelungenen Transformation gedeutet, von der nationalsozialistischen und kommunistischen Vergangenheit in eine Nation überzeugter Demokrat:innen. Doch Sorgen um den Aufstieg von Populisten und autokratischem Gedankengut lassen diese Selbstgewissheit brüchig werden. Und so lässt sich schlussfolgern: Eine Krise einer selbstreflexiven kritischen Erinnerungskultur geht mit einer Krise der Demokratie unweigerlich einher.

Dieser Zusammenhang ist logisch, wofür das diverse Programm der Themenreise in gewisser Weise der beste Beweis war. In Deutschland wird die Erinnerungskultur aktiv und engagiert durch die Zivilgesellschaft, eine Vielzahl an Vereinen, Akteuren und Organisationen gestaltet. Eine funktionierende Zivilgesellschaft aber braucht funktionierende demokratische Strukturen. Gerät die Demokratie und mit ihr die Zivilgesellschaft ins Hintertreffen, liegt auch erinnerungspolitisch etwas im Argen. Denn dann kann sich Erinnerungskultur im Umkehrschluss nicht mehr aktuell, pluralistisch und integrativ entfalten.

Instrumentalisierung historischer Narrative

Welche erinnerungspolitischen Folgen ein Demokratieabbau zeitigt, lässt sich in vielen Ländern beobachten. In Diktaturen und Autokratien befinden sich Geschichtsbilder ohnehin quasi in Staatsbesitz und werden im Sinne der jeweiligen politischen Agenda instrumentalisiert. Aber auch in demokratischen Staaten sind historische Narrative umkämpft und können aus ideologischen Gründen umgedeutet und missbraucht werden. In den USA beispielsweise werden Lehrpläne von kritischen Aussagen zur Sklaverei oder Rassismus gesäubert, im EU-Mitgliedsstaat Polen trat gar ein Gesetz in Kraft, das Aussagen zur Verstrickung von Polen in den Holocaust unter Strafe stellte – ein Maulkorb, der nicht zuletzt renommierten Historikern umgelegt wurde.

So etwas ist in Deutschland bisher zwar nicht vorstellbar. Jedoch werden auch hier die Zeiten strittiger. Die Ausweitung der Diskurszone durch ultrarechte Akteure auf früher Unsagbares, Mittelkürzungen für Bildungsinstitutionen, Theater, die Budgetkürzungen als Strafe für missliebige Produktionen fürchten müssen – all das sind Vorboten eines bedenkenswerten Wandels. Er wird sich fortsetzen, wenn politisch nicht gegengesteuert wird. Janusz Reiter, ehemaliger Botschafter Polens in der Bundesrepublik und Vorsitzender des Verwaltungsrates des Warschauer *Center for International Relations*, drückte es folgendermaßen aus: *„You have to take care of history, in order to prevent it from being instrumentalized.“*

Erinnern - eine Aufgabe für die Zukunft

Dies führt zu einigen abschließenden Gedanken, mit denen die Teilnehmer:innen des Programms in ihre Heimatländer zurückkehrten. Auf verschiedene Weise bestehen in jedem dieser Länder je eigene erinnerungspolitische Herausforderungen. Von der Erfahrung, die Deutschland auf dem Gebiet gesammelt hat, konnten sie deswegen alle direkt profitieren. „Mir wurde bewusst, dass die Beschäftigung mit Geschichte in dieser Form nur in einer Demokratie stattfinden kann – und wie fragil unsere Demokratie ist“, sagte beispielsweise Asim Mujkić, Professor an der Universität in Sarajevo. „Die Annäherung an Geschichte aus der Perspektive der Täternation ist vollkommen anders als die Arbeit mit Überlebenden – das ist es, was ich in den USA tue und ich habe für diese Arbeit sehr viel gelernt“, resümierte Amanda Friedeman vom Illinois Holocaust Museum & Education Center ihre Eindrücke. Trotz oder vielleicht gerade wegen politischer Unwägbarkeiten in vielen Teilen der Welt, schienen bezüglich erinnerungspolitischer Fragen viele Länder momentan auf Deutschland zu schauen, meinte die griechische Journalistin Aikaterini Oikonomakou. Und so

wie Fumiko Ishioka, Direktorin des Tokyo Holocaust Education Research Center, ließ diese Reise alle Teilnehmer:innen verstehen, „dass Erinnerungskultur ein nie endender Prozess ist“.

Diese Einsicht war vielleicht die wichtige Quintessenz eines thematisch dicht gestrickten Programms. Viel erreicht zu haben nützt wenig, wenn die Beschäftigung mit dem Thema erlahmt oder wenn Erinnerungskultur zu ritualisiertem Gedenken erstarrt. Deutschland habe bemerkenswert viele Gedenkstätten, Erinnerungsorte und Bildungszentren, kurz: eine bemerkenswerte Erinnerungskultur, stellte Prof. Uffa Jensen während einer Gesprächsrunde im Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam fest. Aber sie sei „*under attack*“ und müsse umso mehr aktiv am Leben erhalten werden. Wie dies am besten gelingen könnte, darauf gab Dr. Robert Klinko, Sonderbeauftragter des Auswärtigen Amtes für Beziehungen zu jüdischen Organisationen, Antisemitismusfragen, internationale Angelegenheiten der Sinti und Roma und Holocaust-Erinnerung, einen Hinweis: „Erinnerungskultur konzentriert sich nicht auf die Vergangenheit, sondern darauf, was sie für den Einzelnen *heute* bedeutet.“ Sich seiner Vergangenheit zu stellen, sei der *einzig*e Weg, mit ihr ins Reine zu kommen, so Klinko.

Doch eine lebendige, pluralistische und demokratische Erinnerungskultur ist noch viel mehr als das: Der einzige Weg, eine lebenswerte Zukunft zu gestalten.

Der Autor und Journalist Sebastian Blottner, geboren 1976 in Berlin, wuchs im Bezirk Prenzlauer Berg auf. Er studierte Geschichte und Musikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie Kulturjournalismus an der Universität der Künste Berlin. Im Rahmen des ifa-Programms CrossCulture verbrachte er 2007 mehrere Monate in Kairo / Ägypten. Er arbeitet auch als Stadtführer für Berlin und Potsdam.

Die Themenreise findet im Rahmen des Besucherprogramms der Bundesrepublik Deutschland auf Einladung des Auswärtigen Amtes statt.



Federal Foreign Office

